

KOMMENTAR

Institutionen

Es ist ein Grundgesetz der ökonomischen Wachstumspolitik, dass „institutions matter“. Gute Institutionen sind die unverzichtbare Vorbedingung für Wachstum. Und Wachstum wiederum ist notwendig, um langsam aus Beschäftigungsproblemen und insbesondere der Überschuldung herauskommen zu können.

Wirkungsmächtige staatliche Institutionen fehlen in Griechenland. Griechenland ist schlicht ein „failed state“, ein gescheiterter, gefallener Staat. Der griechische Staat funktioniert nicht. Er sorgt nicht dafür, dass Gesetze eingehalten und ein Abweichen sanktioniert werden. Selbst wenn Parlament und Regierung in ihrem Handeln guten Absichten folgen würden, fehlten ihnen die elementarsten Instrumente der Um- und Durchsetzung, die für Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft unabdingbar sind. Die Europäische Union ist beim Aufbau tragfähiger staatlicher Strukturen in Griechenland gefordert. Sie müsste Griechenland helfen, den ersten Schritt einer unverzichtbaren institutionellen Modernisierung zu gehen. Dann erst verspricht der zweite Schritt einer Wachstumsstrategie Erfolg. Und erst danach besteht eine Chance zu einer Genesung des griechischen Staatshaushaltes. TS

IN DIESER AUSGABE

Vier Szenarien zur Zukunft des Euro Seite 1/2

Neue Handelswege in Europa und ihre Bedeutung für Hamburg Seite 3

Wachstumsimpulse durch Handel? Seite 4

EURO

Vier Szenarien zur Zukunft des Euro

In der Studie „Der Euro in der Krise“ analysieren HWWI und PwC die Eintrittsvoraussetzungen und Konsequenzen von vier Szenarien, die die Diskussion um die Euro-Schuldenkrise bestimmen. Von Michael Bräuning und Jörg Hinze

Die derzeitige Staatsschuldenkrise in Europa hat auch die gemeinsame europäische Währung an den Rand des Zusammenbruchs gebracht und so auf viele bislang ungelöste und zu wenig beachtete Probleme aufmerksam gemacht. Damit sind Fragen entstanden, die man sich vor einigen Jahren kaum vorstellen konnte: Wird der Euroraum Bestand haben? Sollten einzelne Länder aus der Währungsunion ausscheiden oder würde dies eine Kettenreaktion auslösen? Welche Kosten wären mit dem Ausscheiden einzelner Länder aus dem Euroraum oder gar mit seiner Auflösung verbunden? Was muss getan werden, um den Euroraum zu erhalten?

In der Studie (siehe Kasten) zeigen HWWI und PwC die Folgen unterschiedlicher Entwicklungsszenarien für Politik und Wirtschaft auf. Dort werden vier Szenarien entwickelt, die helfen sollen, Entscheidungen einzuordnen und in ihren Auswirkungen zu beurteilen. Szenarien sind dabei keine zielgenauen Prognosen, sondern plausible Entwicklungspfade in die Zukunft bei variierenden Rahmenbedingungen.

Szenario 1: Rückkehr zu den Maastricht-Kriterien

Der Erhalt der Europäischen Währungsunion sollte aus politischen wie ökonomischen Gründen das Ziel der europäischen Staaten sein. Eine Normalisierung der Lage erfordert jedoch Zeit und setzt eine Lösung der in der Krise zutage getretenen grundlegenden Probleme voraus. In diesem Szenario gelingt es der Politik, das Verschuldungsproblem in den Griff zu bekommen und die Finanzmärkte zu beruhigen. Die Maastricht-Verträge werden wieder eingehalten und ihre Glaubwürdigkeit wird durch zusätzliche Abkommen und Verträge gestärkt. Der im März 2012 beschlossene Fiskalpakt und der politische Druck der Partnerstaaten führen nicht nur bei denjenigen Staaten, die sich unter dem Rettungsschirm befinden, zu Reformen und Ausgabendisziplin, sondern auch bei all denen, die die Maastricht-Kriterien verletzen. Überdies werden die Staaten der Eurozone durch den Druck der Märkte diszipliniert. So gelingt es, die jährlichen Budgetdefizite und die Staatsschuldenquoten zurückzuführen. Die Finanzmärkte schöp-

Die vier Euro-Szenarien im Überblick

1 Rückkehr zu den Maastricht-Kriterien	2 Eurobonds ohne Vertiefung der politischen Union
3 Staatenbund bzw. Fiskal-Union	4 Der Euro zerbricht

fen wieder Vertrauen in die Eurozone insgesamt und in die einzelnen Staaten. Mit dieser Beruhigung verlieren die Rettungsschirme an Bedeutung. Der Euroraum bleibt erhalten und bei zukünftigen Erweiterungen der Eurozone wird die Politik strengere Konvergenzkriterien anlegen.

Die Probleme auf dem Weg zu einer stabilen Währungsunion sind allein mit der Verabschiedung des Fiskalpakts und der Ausweitung der Rettungsschirme keinesfalls gelöst. Der Erfolg der beschlossenen Maßnahmen hängt letztlich davon ab, inwieweit die Schuldenländer, allen voran Griechenland, Portugal, Spanien und Italien, die „erkaufte“ Zeit nutzen, um nachhaltige Strukturformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft und die Konsolidierung ihrer Staatshaushalte anzugehen.

Szenario 2: Eurobonds

Mit jeder Verschärfung der Eurokrise wurden Eurobonds als Instrument zur „Lösung“ der Krise ins Spiel gebracht. Die Befürworter solcher gemeinsam von allen Eurostaaten begebenen Staatsanleihen sehen in ihnen einen Schlüssel zur Lösung der Probleme. Die deutsche Bundesregierung lehnt Eurobonds bisher ab. Hauptgrund dafür ist, dass Deutschland alleine günstigere Finanzierungsbedingungen erreicht, als es für Eurobonds zu erwarten ist. Gleichzeitig fordert Angela Merkel eine weiter gehende fiskalpolitische Union der Eurozone, die auch Durchgriffsrechte bei Verstößen gegen Haushalts- und Verschuldungsregeln haben soll.

In diesem Szenario wird untersucht, welche Folgen die Einführung von Eurobonds ohne eine weiter gehende politische Union, also ohne zusätzliche Änderungen der institutionellen Rahmenbedingungen, für die Stabilität von Staat und Wirtschaft im Euroraum hätte. Eurobonds mit gemeinschaftlicher Haftung aller Euroländer führen zu einer Konvergenz der Zinssätze. Damit entfällt der Markt als Disziplinierungsinstrument und es würden falsche Anreize gesetzt. Das doppelte Moral-Hazard-Problem würde durch Eurobonds institutionalisiert. Trägt die Gemeinschaft der

Eurostaaten am Ende die nationalen Schulden, gibt es aus Sicht des einzelnen Staates keinen Anreiz, Schulden zu reduzieren und strukturelle Reformen durchzuführen und die Banken finanzieren die Staatsschulden ungeachtet des Emittenten-Risikos bereitwillig weiter. Wie in der Vergangenheit gelingt es der Politik nicht, die Defizite zu begrenzen. Die Folge wären weiter steigende Schuldenquoten. Durch diese Fehlanreize können sich die aktuellen Probleme sogar eher verfestigen. Dies führt vielmehr zu einer Destabilisierung des Euroraums als zu einer Stabilisierung.

Szenario 3: Europäischer Staatenbund

Weil die Folgen eines Staatsbankrotts einzelner Eurostaaten für die Eurozone immens sind, plädieren viele Politiker für eine Ausweitung der politischen und fiskalischen Union. So soll ein Geburtsfehler des Euro korrigiert werden. Vor dem Hintergrund der ausufernden Staatsschulden in einigen Ländern der Währungsunion steigt der Druck zur Einführung von Eurobonds. Gleichzeitig führen die globalen ökonomischen Veränderungen und das stabile Wachstum in den Schwellenländern dazu, dass die einzelnen Staaten der EU immer weiter an politischer Bedeutung verlieren. Um dem zu begegnen, wird in Europa der politische Einigungsprozess vorangetrieben und es wird eine europäische (Wirtschafts-)Regierung geschaffen. Die Währungsunion ist ursprünglich als Schritt zu einer politischen und fiskalischen Union geplant gewesen.

Szenario 4: Der Euro zerbricht

In diesem Szenario kann der Euroraum in seiner derzeitigen Form nicht erhalten werden. Hier sind verschiedene Unterszenarien denkbar: Ausscheiden einzelner Eurostaaten, Zusammenschluss der stärkeren Eurostaaten zu einer „Kernwährungsunion“, totaler Zerfall der Währungsunion. Am wahrscheinlichsten davon ist, dass Griechenland aufgrund mangelnder Sparanstrengungen weitere Tranchen der Rettungsschirme verwehrt werden, es zur staatlichen Insolvenz und schließlich zum Austritt Griechenlands aus dem Euroraum kommt. Sofern Staaten die Regeln der Wäh-

rungsunion nicht mehr einhalten wollen, kann ihr Ausscheiden nicht verhindert werden. Es wäre dann zu befürchten, dass das Ausscheiden einzelner Länder eine Kettenreaktion in Gang setzt, bis hin zum Auseinanderbrechen der Währungsunion. Bei einer solchen Entwicklung wäre eine globale Finanz- und Wirtschaftskrise nicht auszuschließen.

Die Staatsschuldenkrise hat den Euroraum erschüttert. Ein Auseinanderbrechen der Währungsgemeinschaft ist noch immer möglich. Folge einer solchen tief greifenden Spaltung wäre eine rapide Desintegration mit gravierenden politischen und ökonomischen Folgen. Um dieses *Worst-Case*-Szenario zu verhindern, müssen die Eurostaaten politische und institutionelle Konsequenzen ziehen und die Einigung Europas über die Währungsunion hinaus weiter vortreiben. Nur so kann die derzeitige Krise allmählich überwunden werden und ähnliche Krisen sind in Zukunft zu vermeiden.

In der deutschen Politik gibt es über Parteigrenzen hinweg eine klare Mehrheit für den Erhalt der Eurozone. Dieses Bekenntnis schließt auch Griechenland mit ein. Ein Ausstieg Griechenlands aus der Währungsunion ist dennoch nicht ausgeschlossen: Sollte die künftige griechische Regierung die Reform- und Sparzusagen nicht einhalten, ließe sich eine Insolvenz Griechenlands wohl nicht mehr vermeiden. In diesem Fall wäre die Gefahr einer Kettenreaktion bis hin zur Auflösung der Währungsunion groß.

STUDIE



Bräuninger, M.; Hinze, J.; Straubhaar, T.; Vöpel, H.; Winkeljohann, N. (2012): Der Euro in der Krise – Handlungsempfehlungen zur Krisenbewältigung, PwC & HWWI (Hrsg.), Frankfurt a.M.

Die Studie kann im Internet bestellt werden unter: www.pwc.de/de/offentliche-unternehmen/euro-in-der-krise-handlungsempfehlungen-zur-krisenbewaeltigung.jhtml.

Neue Handelswege in Europa und ihre Bedeutung für Hamburg

Die Intensität und Richtung intraeuropäischer Handelsströme werden von einer Reihe von Faktoren beeinflusst. Hierzu gehören sowohl die Nachfrage und das Angebot an Gütern und deren regionale Verteilung als auch die Verkehrsinfrastruktur. Im nächsten Jahrzehnt werden umfangreiche Infrastrukturinvestitionen, wie zum Beispiel im Rahmen des Transeuropäischen Verkehrsnetzes TEN-T, die europäischen Handelsmuster und Verkehrsströme beeinflussen. Vor diesem Hintergrund analysiert die neue HWWI-Studie „Handelswege der Zukunft“, die im Auftrag der Hamburger Sparkasse erstellt wurde, welche Herausforderungen und Chancen sich dadurch für den Hafenstandort Hamburg ergeben werden. *Von Ulrike Biermann und Silvia Stiller*

Gegenwärtig stellt die Hamburg-Le Havre-Range Europas Schnittstelle für den Handel mit der Welt dar. Die Häfen in dieser Region sind, so wie die Großstädte in den zentralen europäischen Regionen, die wichtigsten Hubs für den Rest des Kontinents. Ihre wichtige logistische Rolle wird bis voraussichtlich 2030 auch von Infrastrukturinvestitionen, die an anderen Standorten getätigt werden, potenziell beeinflusst. Erheblichen Einfluss hat hier das Transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-T), welches die Infrastruktur und damit auch die Erreichbarkeit von Märkten innerhalb Europas fördert. Im TEN-Kernnetz befinden sich rund 80 europäische Häfen, deren Standortbedingungen durch die geplanten Investitionen neu bestimmt werden.

Für den Wettbewerb des Hamburger Hafens mit den belgischen und niederländischen Häfen ist der Ausbau der Binnenwasserachse Rhein/Meuse-Main-Donau relevant, welche Rotterdam und Antwerpen einen effizienteren Zugang nach Zentral- und Osteuropa bis zum Schwarzen Meer gewährt. Die Seine-Schelde-Wasserstraße verbessert den Zugang von Hamburgs Konkurrenten zum deutschen Absatzmarkt. Auch die Bahnachse Lyon/Genf-Basel-Duisburg-Rotterdam/Antwerpen verbessert die Hinterlandanbindungen Rotterdams und Antwerpens (sowie des Duisburger Binnenhafens). Während die Standorte der Konkurrenzhäfen Hamburgs also unmittelbar durch direkte TEN-T-Verbindungen profitieren, lassen die aktuellen Vorzugsprojekte Norddeutschland – von der Fehmarnbeltquerung abgesehen – aus. Dabei wäre vor allem eine effiziente Verbindung Hamburgs nach Polen von großer Bedeutung, weil diese den Zu-

gang zu wachsenden Märkten in Osteuropa sichert.

Die positiven Aussichten für Hamburg hinsichtlich der Handelsbeziehungen nach Osteuropa können durch eine Vereinheitlichung der Verkehrssysteme, beispielsweise im Hinblick auf die Spurbreite, in West- und Osteuropa verbessert werden. Deutschlands relative Benachteiligung innerhalb der TEN-T-Gesamtplanung ist generell kritisch zu sehen. Die bisher in der Bevölkerungs- und Bruttoinlandsproduktreichtbarkeit ungünstig positionierten Standorte Danzig und Gdynia werden ihr Marktpotenzial durch die TEN-T-Bahnachse von Danzig durch Polen und Tschechien nach Wien sowie durch ein neues Containerterminal erweitern. Diese Entwicklung stärkt in der Tendenz ihre Wettbewerbsposition.

Obwohl China wichtigster Handelspartner des Hamburger Hafens bleibt und auch weitere Anteile des interkontinentalen Handels, wie beispielsweise mit Lateinamerika, Wachstumschancen bieten, werden auch in Zukunft der innereuropäische Handel und der Weitertransport von im Hamburger Hafen angelandeten Gütern in andere EU-Länder für die Entwicklung des Hamburger Hafens eine maßgebliche Rolle spielen. Ein wichtiger Faktor, der sich positiv auf Hamburgs Wettbewerbssituation unter den europäischen Häfen auswirkt und auch in Zukunft Bestand haben wird, ist die relative ökonomische Stärke der Metropolregion Hamburg mit ihrem relativ hohen Marktpotenzial. Sie fungiert sowohl als wichtiger Absatzmarkt, Produktions- und Umschlagplatz sowie als logistische Innovations- und Kompetenzregion. Ent-

sprechende Marktpotenziale, welche die Standortbedingungen der Häfen beeinflussen, weisen nur wenige Hafenstandorte in der EU auf. In vielen Regionen ist das Hinterland der Häfen weniger einkommensstark und weniger dicht besiedelt als in der Metropolregion Hamburg, beispielsweise im Umland der polnischen Häfen.

Zur weiteren Stärkung der Wettbewerbsposition gegenüber den Konkurrenten, wie Rotterdam und Antwerpen, ist die kontinuierliche Effizienzsteigerung der logistischen Leistungen am Hamburger Hafen erforderlich. Hier lässt sich der Ausbau der Infrastruktur für den Hafenhinterlandverkehr als wichtigster Ansatzpunkt zum Erhalt der Konkurrenzfähigkeit identifizieren. Dem *Modal Shift* zur Schiene und einer vermehrten Nutzung der Binnenwasserstraße Elbe sollte mehr Aufmerksamkeit gelten. Dieser Aspekt wird auch im TEN-T aufgegriffen, was auch im Hinblick auf die ökologische Nachhaltigkeit sowie Innovationspotenziale bedeutsam ist.

STUDIE



Biermann, U.; Bräuninger, M.; Neubach, C.; Stiller, S. (2012): Handelswege der Zukunft – Ökonomische Entwicklungsperspektiven und Handelsströme in Europa, Studie im Auftrag der Hamburger Sparkasse.

Die Studie steht als Download im Internet zur Verfügung unter: www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Partnerpublikationen/Haspa/HWWI_HASPA_Handelswege.pdf.

Wachstumsimpulse durch Handel?

Erzielen Länder durch eine stärkere Integration in den internationalen Handel ein höheres pro-Kopf-Einkommen und höhere Wachstumsraten als vergleichbare Länder, die auf eine Abschottung ihrer nationalen Märkte setzen? Die Frage nach den potenziellen Wachstumsimpulsen der Handelsintegration wird nicht nur im wirtschaftswissenschaftlichen Kontext diskutiert, sondern ist auch von großer politischer und gesellschaftlicher Bedeutung. Ein neues HWWI Research Paper mit dem Titel: „Trade and economic growth: A re-examination of the empirical evidence“ versucht, diese Frage empirisch zu beantworten. Von Matthias Busse und Jens König

Es gibt eine Vielzahl von theoretischen Argumenten, warum Handel zu einem höheren pro-Kopf-Einkommen führen kann: Grundsätzlich kann Handel zu einer effizienteren Allokation von Ressourcen, zu einer Optimierung der Produktionsprozesse und zur Entwicklung von neuen Produkten führen. Besonders kleine Länder haben durch Handel Zugang zu einem größeren Absatzmarkt und können so Skaleneffekte in der Produktion erzielen. Durch Handel haben Konsumenten nicht nur eine größere Auswahl an Gütern und Dienstleistungen, sondern es kommt auch zu einer Intensivierung des Wettbewerbs. Durch Handelsbeziehungen werden nicht nur Waren und Dienstleistungen ausgetauscht, sondern auch *Know-how* und Wissen. Diese Verbreitung von Wissen unterstützt ganz allgemein gesprochen den technologischen Fortschritt eines Landes. Besonders für Entwicklungsländer ist es von Bedeutung, dass durch den Handel Anreize zur Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen gesetzt werden. Inwieweit diese potenziellen Wachstumsimpulse tatsächlich realisiert werden können, ist eine Frage, die nur empirisch beantwortet werden kann.

Es gibt in der empirischen Forschung mindestens zwei Forschungsansätze, die dieser Frage nachgehen. Es wird entweder der Einfluss von Handelspolitik oder vom Handelsvolumen auf Einkommen und Wachstum untersucht (Rodriguez und Rodrik, 2001). Die Ergebnisse dieser Studien sind nicht eindeutig und werden kontrovers diskutiert, was sich auch auf die generelle Endogenitätsproblematik empirischer

Wachstumsregressionen zurückführen lässt. Vereinfacht lässt sich die Problematik damit beschreiben, dass nicht eindeutig zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen unterschieden werden kann. Eine Erhöhung der Humankapital-Ausstattung eines Landes geht sicherlich mit positiven Wachstumseffekten für das jeweilige Land einher, doch stärker wachsende Länder haben mehr Ressourcen, um Investitionen in das Humankapital zu tätigen. Diese Problematik löst die HWWI-Studie mithilfe eines neueren methodischen Ansatzes.

Die vorgestellte Studie untersucht den Einfluss von Handel auf weltweite Unterschiede in pro-Kopf-Einkommen und Wachstum mithilfe einer relativ neuen Schätzmethode (dem System GMM Schätzer). Die Panelanalyse stützt sich auf einen großen Datensatz, der 108 Länder über den Zeitraum von 1971 bis 2005 berücksichtigt. Darüber hinaus wird argumentiert, dass der häufig verwendete „Offenheitsgrad einer Volkswirtschaft“ nicht geeignet ist, um den Zusammenhang zwischen Handel und Wachstum im Zeitablauf zu untersuchen. Die Analyse diskutiert alternative Möglichkeiten, den Einfluss von Handel abzubilden, und entwickelt eine adäquatere Handelsvariable.

Die Studie stellt einen positiven Zusammenhang zwischen Handelsintensität und wirtschaftlicher Entwicklung her. Handel hat einen signifikanten Einfluss auf das Wachstum des BIP pro-Kopf, wobei die Spezifikation der Handelsvariablen von Bedeutung ist. Es konnte empirische Evi-

denz sowohl für das Handelsvolumen als auch für die Wachstumsrate des Handels gefunden werden. Das heißt, dass Länder, die eine hohe Handelsintensität – gemessen als Handelsvolumen im Verhältnis zum Brutto Sozialprodukt – haben, durch den Handel einen positiven Wachstumsimpuls erzielen können. Darüber hinaus wirkt sich eine Ausweitung des Handels unabhängig vom Ausgangsniveau ebenfalls positiv auf die Wachstumsrate eines Landes aus. Dieser positive Effekt lässt sich aber nicht nur für das gesamte Handelsvolumen eines Landes finden, sondern auch separat für Importe und Exporte. Entgegen einer häufig vorgebrachten Meinung, dass Exporte sich positiv und ein Anstieg der Importe eher negative Auswirkungen für ein Land haben, hat die Studie empirische Evidenz auch für einen positiven Wachstumseffekt der Importe gefunden. Dies lässt sich damit begründen, dass mit dem Import von Waren und Dienstleistungen auch ein Import von Wissen und *Know-how* stattfindet, der mit technischem Fortschritt einhergeht. Zusammengefasst unterstreichen die Ergebnisse damit die Bedeutung des internationalen Handels für die Wachstumsperformance eines Landes.

LITERATUR

- Busse, M.; König, J. (2012): Trade and economic growth: A re-examination of the empirical evidence, *HWWI Research Paper 123*. Download im Internet unter: www.hwwi.org (Publikationen, Research).
- Rodriguez, F. R.; Rodrik, D. (2001): Trade policy and economic growth: A skeptic's guide to the cross-national evidence, *NBER Macroeconomics Annual 2000*, 15: 261-338.